



Stater Sozialisten **Wahlprogramm**

Gemengewahlen
8. Oktober 2017

Är Kandidaten Vos candidats



Marc Angel
• 54 ans
• Député
• Conseiller communal
• Président LCTO



Adelio Dias Silva
• 30 ans
• Pricing Administrator
• Vice-président de Lyme Lux



Roland Jaeger
• 65 ans
• Juriste
• Médiateur



Cathy Fayot
• 54 ans
• Employée secteur financier
• Conseillère communale



Armand Drews
• 61 ans
• Retraité
• Conseiller communal



Ginette Jones
• 60 ans
• Assistante sociale
• Conseillère de gouvernement hon.
• Active au niveau communal et dans des ONG



Tania Silva
• 25 ans
• Mère au foyer
• Présidente de l'association Lyme Lux



Gabriel Boisante
• 40 ans
• Entrepreneur/Restaurateur



Yolande Edjogo
• 46 ans
• Back office
• Secteur financier



Tom Krieps
• 51 ans
• Avocat-avoué
• Conseiller communal



Charles Siwek
• 56 ans
• Retraité
• Ambulancier bénévole
• Président OGBL Section Lux - Centre



Elisabete Cedeira Soares
• 46 ans
• Directrice CIGL
• En cours de master en management



Marc Franssens
• 52 ans
• Salarié VDL
• Service Hygiène



Patrizia Luchetta
• 53 ans
• Master en sciences sociales
• Conseillère en communication



Romain Stein
• 61 ans
• Médecin-généraliste



Georges Clees
• 39 ans
• Ethnologue
• Chargé de communication
• Patientie Vertiedung asbl



Claire Geier
• 52 ans
• Docteur en Génie des systèmes industriels
• Mère au foyer



Liz May
• 33 ans
• Juriste-linguiste



Mélanie Trolan
• 39 ans
• Sinologue
• Direction Zukunftskeess



Sascha Dahm
• 25 ans
• Étudiant uni.lu



Joanne Goebbels
• 38 ans
• Professeur
• Vice-Présidente Stater Sozialisten



Romain Modert
• 48 ans
• Economiste
• Protection du patrimoine architectural



Christine von Reichenbach
• Economiste
• Programme Manager



Monique Dejeans
• 62 ans
• Licenciée sciences politiques
• Membre de l'Assemblée des Français de l'Étranger (Paris)
• Conseillère consultative pour les Français au Luxembourg



Mickey Hardt
• 48 ans
• Acteur



Christophe Schiltz
• 38 ans
• Conseiller d'Etat
• Juriste
• Fonctionnaire au Ministère des Affaires étrangères et européennes



André Weidenhaupt
• 51 ans
• Docteur en Sciences naturelles
• Premier Conseiller de Gouvernement au Ministère du Développement durable et des Infrastructures

www.facebook.com/Lsapstatersozialisten
EngStadFirOnsAll



Spätzekandidaten
Têtes de liste
**Marc Angel
& Cathy Fayot**

Das Gemeindewahlprogramm 2017 der LSAP „Stater Sozialisten“

Einleitung

- Die Stadt Luxemburg Ende 2017
- Bilanz der DP-déi Gréng-Koalition nach der Mandatsperiode von 2011-2017

1. Eine Stadtentwicklung im Einklang mit der Identität unserer Stadt

2. Bezahlbare Wohnungen für alle Einkommen

3. Ein Erbe, das es zu erhalten gilt

4. Mensch und Natur

5. Kinder und Familien zuerst

- Kinder
- Jugendliche

6. Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit

7. Die Verantwortung der Stadt für die Kultur

8. Mobilität für alle

9. Eine ausgewogenere wirtschaftliche Entwicklung

10. Eine lebendige und transparente Demokratie in der Gemeinde

11. Sport und Freizeitbeschäftigung für alle; Jugend und Sport

12. Sicherheit, eine absolute Priorität für alle Einwohner

13. Eine Stadt, in der jeder Respekt verdient

- Eine Stadt für alle, Frauen und Männer
- Eine Stadt für die Senioren
- Eine inklusive Stadt
- Eine integrierte Stadt
- Eine Stadt, die in ihren Vereinen lebt

Die Stadt Luxemburg Ende 2017

Seit 48 Jahren, also fast einem halben Jahrhundert, ist die DP verantwortlich für die Politik in der Hauptstadt, die meiste Zeit zusammen mit der CSV und seit 2005 mit den Grünen.

Die liberale Politik hat die Entwicklung der Stadt seit Jahrzehnten geprägt, wer auch immer der Koalitionspartner war, und hat somit die Lebensbedingungen der Einwohner grundlegend bestimmt.

Das Bild und die Identität der Stadt haben stark im Laufe dieser Jahre gelitten. Die früheren wie die heutigen Verantwortlichen haben wenig Interesse daran gezeigt, die Eigenheit und das Stadtleben in den Wohnvierteln zu schützen. Wenn eine Stadt auch nicht im Respekt der Vergangenheit erstarren soll, so hat die öffentliche Hand trotzdem die Verantwortung, sich um die architektonische und ökologische Qualität der Neubauten in Einklang mit einer im Laufe der Jahrhunderte entstandenen Stadt zu sorgen. Denn eine Stadt ist nicht einfach nur ein Spekulationsobjekt, mit dem der Privatbesitz ohne Rücksicht auf das Ganze umgehen kann.

Zwar hat der Bebauungsplan von 1993 gewisse Schutzmaßnahmen für bestehende Bauten eingeführt. Aber zahlreiche Straßen und Viertel blieben von diesen Schutzmaßnahmen ausgeschlossen und wurden daher Ziel von Abbruch und Neubauten im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstum in Stadt und Land. Die Schutzmaßnahmen haben die Zerstörung von interessanten architektonischen Zeugen der Stadt nicht verhindert. Gleichzeitig hat die Stadtverwaltung nicht den kleinen Finger gerührt, um die Umwandlung von Wohnungen in Büroräume zu verhindern.

Immobilienpekulation und Großprojekte für Bürogebäude und Handel haben den Charakter der Stadt geprägt. Eine liberale Logik hat sich in der Vielzahl von Neubauten für Dienstleistungsbetriebe auf Kosten der Wohnflächen ausgedrückt. Damit wurden letztere seltener und teurer, und das Leben in den Stadtvierteln schwieriger.

Wer 2017 die blaugrüne Schöffenratserklärung von 2011 liest, erkennt schnell, dass eigentlich keine der vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich des Wohnens verwirklicht wurde. Das „Baulücken“-Programm hat nur eine geringe Anzahl von bezahlbaren Wohnungen geschaffen.

Die DP war immer nur an großen Bauvorhaben nationaler und internationaler Promotoren interessiert, die naturgemäß ihren Profit und nicht das Interesse der Stadt im Auge haben. Die Projekte „Ban de Gasperich“ und „Royal-Hamilius“ schaffen neue Handelsgrößflächen auf Kosten des Wohnens und des Handels in der Stadtmitte und in den Stadtvierteln.

Wenn auch diese Projekte Arbeitsplätze schaffen, steht deren Anzahl in keinem Verhältnis zu der Zahl der neuen Wohnungen. Somit wird die Anzahl der Pendler weiter anwachsen und die Mobilität zähflüssiger.

Andere Großprojekte, die mit viel Klamauk angekündigt wurden (Place de l'Étoile, Portes de Hollerich, Luxembourg Central) sind in der Versenkung verschwunden. Am westlichen Eingang der Stadt an der route d'Arlon liegt seit Jahrzehnten eine Brache, die einen dauerhaften urbanistischen Skandal für eine Europahauptstadt darstellt. Auch von der seit Jahrzehnten an der rue Anatole France in Bonneweg angekündigten Wohnsiedlung ist nichts mehr zu hören geschweige denn zu sehen.

Ein besonders schwerwiegendes Resultat dieser Politik ist die Abnahme der Bevölkerung in der Stadtmitte, aber auch in verschiedenen Teilen des Bahnhofsviertels und anderer Viertel nahe dem Zentrum. Dies führt wiederum zu einer immer größeren Anzahl von Pendlern aus dem In- und Ausland auf dem Stadtgebiet.

In diesen Vierteln wird es daher immer schwieriger, ein umfängliches Angebot von öffentlichen Schulklassen und Schülertagesstätten bereitzustellen.

Sozialfragen sind für die herrschende Politik zweitrangig. Die politische Debatte und der Dialog mit den Bürgern wurden durch Technokratie und Marketing ersetzt.

Das historische Viertel und gewisse Vorstädte (Clausen, Grund) werden zu Amüservierteln. Die Ruhe, die Sicherheit und die Wohnbedingungen der Einwohner sind dadurch beeinträchtigt.

Wirtschaftlich hat die Stadt ihre Vielseitigkeit verloren. Das Wirtschaftsleben beschränkt sich zusehends auf Dienstleistungen im Banken- und Finanzbereich. Handwerkliche Betriebe haben die Stadt verlassen und sich in den Aktivitätszonen der Umgebung eingerichtet. Dem Luxushandel geht es gut, während dagegen Geschäfte, die die Bedürfnisse der Einwohner bedienen, abnehmen ohne dass der Schöffenrat dagegen steuert.

Die politische Mehrheit hat auch nie wirklich versucht, die Investitionen im Einklang mit der Stadtentwicklung, der wachsenden Einwohnerzahl und den neuen Bedürfnisse der Einwohner vorausschauend zu planen. Die Vielzahl der Baustellen überall auf dem Stadtgebiet ist der Beweis dafür, dass jegliche mittel- und langfristige Programmierung fehlt, was die Gemeindeführung hinter großspurigen Schlagworten zu verstecken sucht.

Man kann als Beispiel dafür die offensichtlichen Probleme der Sportsinfrastruktur sehen. Diese ist wesentlich für die Gesundheit aller und für die körperliche Betätigung der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren. Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 3% sind besagte Infrastrukturen auf dem Stand von vor 10 Jahren geblieben, einige von vor 30 Jahren. Weil es an planender Vorausschau fehlt, müssen sechs Sporthallen zeitgleich bis 2018 und 2019 renoviert werden, was für den Schulsport und den Vereinssport verheerende Folgen hat.

Die Schulkinder müssen von der Schule zu Ersatzstätten gefahren werden, die Vereine verlieren Übungsstunden und müssen neue Mitglieder abweisen. Gewisse Viertel wie Kirchberg, Weimerskirch und Weimershof verfügen über überhaupt keine Sportstätten.



Wie sieht denn nun das Leben des gewöhnlichen Bürgers in unserer Stadt aus?

Was seine Nachtruhe angeht ist er, je nachdem wo er wohnt, wegen der vielen Ausnahmen des Nachtflugverbots dem Lärm des Flugverkehrs ausgesetzt.

Tagsüber leidet er unter der schlechten Luft entlang der großen Durchgangsstraßen; der Smog gefährdet die Gesundheit.

Seine Nachbarschaft kann sich schnell verändern, wenn er das Unglück hat, in einem von der Immobilienspekulation heimgesuchten Viertel zu wohnen. Von heute auf morgen kann er statt einer normalen Nachbarschaft mit Familien und Kindern von Verwaltungen umgeben sein, die sich in privaten Wohnungen einnisten, ob Treuhandunternehmen, politische Partei, Anwaltskanzlei, private Kinderkrippe, usw.

Ein gutes öffentliches Verkehrsnetz steht ihm zur Verfügung, dessen Pünktlichkeit jedoch durch den täglichen Berufsverkehr in Frage gestellt wird; er wartet ungeduldig auf die Trambahn, die die DP-Bürgermeisterin vor zwanzig Jahren aus elektoralen Gründen verhindert hat.

Die Sauberkeit von Straßen und Plätzen wird durch die Respekt- und Sorglosigkeit beeinträchtigt, mit der zahlreiche Einwohner ihre Abfälle egal wie entsorgen, und auf den Containerplätzen häufen sich Abfälle, trotz regelmäßiger Putzaktionen der Stadtwerke.

Die Bilanz der DP-déi Gréng-Koalition

Die Sozialisten üben nicht systematisch Kritik an allem, was in den letzten Jahren von der Stadtpolitik veranlasst wurde. Wer die Schöfferratserklärung von 2011 unter die Lupe nimmt, stellt fest, dass zwar einiges erreicht wurde, aber manche Versprechen nicht eingelöst wurden.

Im Wohnungsbereich wurde keines der drei vorgegebenen Ziele erreicht: es gab weder eine Zunahme junger Familien in der Stadtbevölkerung – sie haben eher abgenommen! – noch ein konsequentes Angebot an bezahlbarem Wohnraum noch ein Eingreifen gegen den Missbrauch von Wohnungen für andere Zwecke.

- *Das angekündigte Großprojekt für bezahlbare Wohnungen, die mit einem Erbpachtvertrag oder über den Mietkauf erworben werden können, wurde nicht verwirklicht.*
- *Sehr wenige neue Sozialwohnungen wurden gebaut.*
- *Es gab keine neuen Mietwohnungen für Jugendliche.*
- *Es gab keine Initiative, um Studentenwohnungen in bewohnten Einfamilienhäusern einzurichten.*
- *Es gab keine Maßnahme gegen den Missbrauch von Wohnungen oder gegen leerstehende Wohnungen.*
- *Wenn in einem Teilbebauungsvorhaben (Projet d'aménagement particulier PAP) mit einer Fläche über 1 ha laut Gesetz 10 % der Wohnungen für billige Miete („loyer modéré“) anzubieten sind, dann sind diese Mieten meist immer noch unerschwinglich für junge Familien.*

Die „Stater Sozialisten“ sind überzeugt, dass ein politischer Wechsel in der Gemeindeführung eine Wohltat für die Hauptstadt und ihre Einwohner wäre, dies zu einem Zeitpunkt, wo die Bevölkerungszahl stark zunimmt und die Probleme immer dringender werden.

Das Programm der „Stater Sozialisten“

1. EINE STADTENTWICKLUNG IM EINKLANG MIT DER IDENTITÄT UNSERER STADT

Die „Stater Sozialisten“ erkennen die Notwendigkeit, die Stadt durch Neubauten im Rahmen des allgemeinen Bebauungsplanes (Plan d'aménagement général PAG) weiterzuentwickeln. Sie betrachten die Stadt vorrangig im Hinblick auf das Leben der Einwohner anstatt als wirtschaftliches Objekt.

Lebendige Wohnviertel mit Charakter

Neue Einwohner, die sich dauerhaft in der Stadt niederlassen wollen, wünschen sich ein lebendiges Umfeld in ihrem Wohnviertel. Dort begegnen die herkömmlichen Bewohner, die schon lange dort leben, den Neuankömmlingen, dort lernen alle Bewohner sich kennen und verständigen.

Die „Stater Sozialisten“ setzen sich für eine Stadt der Einwohner ein. Es sind die Einwohner, die aus der Stadt eine lebendige Gemeinschaft machen, in der jeder sein Leben aufbauen kann. Daher die Forderung, jedem eine bezahlbare Wohnung anzubieten, was leider durch die liberale Politik der letzten Jahrzehnte nicht mehr möglich ist.

Wohnviertel

Die täglichen Begegnungen der Einwohner in den Wohnvierteln bilden das kollektive Leben der Stadt. So entsteht soziale Kohäsion, also auch Integration der Neuankömmlinge, ob Luxemburger oder Ausländer. Soziale Kontakte schaffen lebendige Nachbarschaft, die vor Isolation schützt und besonders für ältere Einwohner wichtig ist.

Die „Stater Sozialisten“ setzen sich für einen optimalen Lebensrahmen in den Stadtvierteln ein. Er soll aus einem den Bedürfnissen der Einwohner angepassten Geschäftsangebot, aus sozialen und kulturellen Infrastrukturen sowie aus Lokalen für das Vereinsleben bestehen. Für Kinder und Jugendliche muss ein vollständiges Angebot der öffentlichen Schule und von Tagesstätten in jedem Viertel zur Verfügung stehen.

Dezentrale öffentliche Bezugspersonen können als Bindeglieder zwischen der Stadtverwaltung und den Bewohnern und Vereinen der einzelnen Viertel eingesetzt werden. Sie können zum öffentlichen Leben in den Stadtvierteln beitragen und im Dialog mit den Vereinen die bestmögliche Nutzung der kommunalen Einrichtungen sichern.

Eine eigene Webseite auf dem Internetportal der Stadt soll die Bewohner direkt über ihr Stadtviertel und die Gemeinde insgesamt informieren.

Weil die liberale Politik der letzten Jahrzehnte zur Wohnungsnot geführt hat, muss die Stadt endlich die Initiative ergreifen und selbst Wohnraum schaffen, anstatt sich dafür auf die privaten Baupromoteure zu verlassen. Sie kann selbstverständlich mit letzteren zusammenarbeiten, aber mit dem vorrangigen Ziel einer intelligenten und nachhaltigen Entwicklung im Interesse der Allgemeinheit. Sie soll sich dabei aller nationaler und europäischer Mittel bedienen, um eine starke und konsequente Wohnungspolitik in die Wege zu leiten. In dieser Optik soll sie z. B. ein Wohnentwicklungsprogramm aufstellen, das jedes Jahr überprüft wird. Zugleich soll die Gemeinde verstärkt Bauland und Häuser kaufen und neue Wohnungen in kürzester Frist bauen.

Wenn jedoch diese Anstrengungen im Rahmen des augenblicklich festgelegten Bebauungsplanes die Wohnungsfrage nicht lösen würden, sollte an eine Erweiterung des Bebauungsperimeters gedacht werden, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, dass diese Erweiterung ausschließlich für den Bau von neuen lebendigen und funktionstüchtigen Stadtvierteln benutzt werden darf.

Eine zusammenhängende Entwicklung des Ballungsgebietes um die Hauptstadt wird nur möglich sein in einer Stadtgemeinschaft von „Groß Luxemburg“. Nur die Zusammenarbeit der Stadt mit den Nachbargemeinden wird das Ziel in Zukunft erreichen können, 2000 Wohnungen pro Jahr zu errichten und ein schlüssiges Mobilitätskonzept für diese Gemeinschaft zu entwickeln.

Die „Stater Sozialisten“ wollen daher, dass die Stadtpolitik

- zur Neubevölkerung der zentralen Stadtviertel aufruft;
- den Wohnungsbau in Eigenregie oder in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor fördert, im Gegensatz zum heute überdurchschnittlich entwickelten Bau von Geschäften und Büros, der nach Fertigstellung der jetzt laufenden Großvorhaben künftig eingeschränkt werden soll;
- dem Bau von Wohnungen den Vorrang gibt vor Büroanlagen und Handelsflächen in allen größeren Immobilienprojekten, die heute wie morgen angegangen werden, sei es auf Kirchberg, im Royal-Hamilius und auf dem Gaspericher Bann oder später auf den Dommeldinger Industriebrachen;
- das Wachstum der Stadt begleitet, indem sie im Vorfeld, schon bei der Planung, an die Bedürfnisse der Einwohner denkt;
- in dieser Hinsicht dem sozialen Zusammenhalt in den Stadtvierteln vorrangig Rechnung trägt, indem sie angenehme und interaktive Lebensumstände für alle Bevölkerungsschichten fördert;

- *das Zusammenleben in den neuen Stadtvierteln entwickelt, indem von Beginn an kleinere Geschäfte sowie soziale, ärztliche und kulturelle Dienste ebenso wie öffentliche Plätze, Ruheplätze und Grünflächen eingerichtet werden;*
- *ein Inventar der Nachbarschaftsgeschäfte aufstellt, und zwar je nach Wohnviertel; in Zusammenarbeit mit Unternehmen, die solche Geschäfte führen sowie möglichen Startups, eine städtische Politik für diese Art von Handel entwickelt;*
- *auf das Gleichgewicht im Mix der Geschäfte in den einzelnen Vierteln achtet und ebenfalls die handwerklichen Dienstleistungen und Geschäfte in Zusammenarbeit mit den Unternehmen fördert;*
- *sich um das Gleichgewicht im Angebot von Sport- und Kulturstätten überall auf dem Gebiet der Stadt sorgt, in neu zu errichtenden Stadtvierteln sofort von der Planung an;*
- *alle Viertel mit Grünflächen, Ruheplätzen, Kinderspielplätzen und Fuß- und Radfahrerwegen versieht;*
- *die Beteiligung der Bürger an den Entwicklungsplänen der Stadt verbessert;*
- *die Angaben über den Verkehr und die Umwelt als Bestandteile der Stadtentwicklung berücksichtigt;*
- *das seit zwei Jahrzehnten andauernde Provisorium der Straßenbeläge in der Oberstadt endlich durch einen definitiven Belag ersetzt;*
- *darüber nachdenkt, wie die an der route d'Arlon vorgesehenen Bauten urbanistisch ansprechend mit der Stadtmitte verbunden werden können;*
- *das städtische Umfeld um den Royal-Hamilius- Komplex mit Sorgfalt anlegt;*
- *über Vorschläge für die zukünftige Nutzung des alten Athenäums nachdenkt, nachdem die Nationalbibliothek das Gebäude verlassen hat; sich einem neuen Museum an dieser Stelle angesichts der zahlreichen Museen in direkter Nachbarschaft widersetzt und sich für Wohnungen ausspricht, um die Stadtmitte wieder zu bevölkern;*
- *sich für das gemeinsame Vorhaben von Staat und Gemeinde ausspricht, die Place de la Constitution („Gëlle Fra“) zu einem autofreien, angenehmen, auf das Petrusstal geöffneten Ort zu gestalten;*
- *sich bemüht, die Ruhe und die Natur im Petrusstal im Interesse der Stadtbewohner, der Familien und Kinder zu erhalten und keine weiteren Einrichtungen dort vorsieht, außer solchen, die die Biodiversität fördern;*
- *die Stadtentwicklung mit den Nachbargemeinden im Ballungsgebiet abstimmt, wobei bedauerlicherweise das mit dieser Mission betraute DICI (Interkommunale, koordinierte und integrative Entwicklung für den Südwesten des Ballungsgebietes um die Stadt Luxemburg) den Exekutiven der Gemeinden vorbehalten ist; verlangt, dass die gewählten Gemeinderatsmitglieder und die Bürgerinnen und Bürger in diese Diskussionen eingebunden werden;*
- *den beratenden Bautenausschuß transparenter gestaltet und die Beteiligung der Gemeinderäte und der interessierten Bürger verstärkt; sich einen aus luxemburgischen und ausländischen Experten zusammengesetzten Rat für die Planung der Stadtentwicklung gibt; den Urbanismdienst und die Bautenpolizei verwaltungsmäßig trennt;*
- *ein Inventar aller Grundstücke, Gebäude und Häuser, die im Besitz der Stadt sind, erstellt und diese Liste im Internet veröffentlicht;*
- *die Teilbebauungspläne (PAP) vor der Abstimmung im Gemeinderat veröffentlicht und somit Vorschläge zur Verbesserung der urbanistischen und ökologischen Qualität ermöglicht;*
- *im Sinne der Transparenz und der Qualität öffentliche Architekturwettbewerbe bei wichtigen Investitionen veranstaltet.*

2. BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE

Vorrang für das Wohnen!

Die LSAP „Stater Sozialisten“ setzen sich für ein kommunales Wohnungsbauprogramm großen Ausmaßes ein. Von einem starken politischen Willen getrieben schlagen sie eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor, die allen Schichten der Bevölkerung Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ermöglichen sollen. Besonderes Augenmerk wird auf junge Familien mit Kindern gelegt, die sich in der Stadt niederlassen wollen, wo sich auch ihr Arbeitsplatz befindet!

Folgende Maßnahmen sind in der nächsten Mandatsperiode umzusetzen:

- *Erschließung von Bauland auf gemeindeeigenen Grundstücken, das mit Erbpachtmiete („Bail emphytéotique“) veräußert und mit Fristen für den Baubeginn belegt wird, um den Wucher mit Bauland zu unterbinden;*
- *Einführung bezahlbarer Miet-Kaufverträge bei Bauprojekten der Stadt;*

- striktes Einhalten der gesetzlichen Vorgabe, wenigstens 10% der Wohnungen eines PAP („plan d'aménagement particulier“) als „habitations à coût modéré“ zu kennzeichnen; falls die Privatinitiative keine Abnehmer für diese Wohnungen findet, wird die Stadt selbst besagte 10% kaufen und weitervermieten;
- entschlossenes Engagement, Projekte mit hohem urbanen Wohnpotential zu beschleunigen, z.B. auf den Industriebrachen in Dommeldingen;
- Entwicklung neuer Wohnkonzepte, wie z.B. Genossenschaftswohnungen oder generationsübergreifendes Wohnen;
- systematische Nutzung des Vorverkaufsrechtes durch die Stadt Luxemburg bei zu teurer Veräußerung von Immobilien gemäß Gesetz vom 28. Oktober 2008 zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Schaffung eines entsprechenden Paktes mit den Gemeinden (Artikel 3 bis 12, „pacte logement“);
- Ausnutzen aller Vorteile und Beihilfen der Gesetzgebung, die den Zugang zu Grundstücken und die Schaffung von Wohnraum regelt;
- progressives Anheben der Grundsteuer auf ausgewiesenem Bauland bei Nichteinhalten vernünftiger Fristen bis zum Baubeginn;
- systematische Information der Hausbesitzer über die Gesetzgebung, die die Zweckentfremdung von Wohnraum in Büroraum ohne Ermächtigung des Bürgermeisters verbietet; Ermutigung der Rekonversion von Büroräumlichkeiten in Wohnraum, notfalls durch finanzielle Anreize; strikte Anwendung der diesbezüglichen Gesetzgebung (Artikel 27 des Gesetzes vom 21. September 2006 über Mietverträge);
- Monitoring des Wohnraums im Stadtzentrum, welcher sich über den Geschäften befindet, um zusammen mit den Eigentümern diesen Raum als Wohnung zu vermieten;
- Beratung und Unterstützung der Eigentümer bei Umgestaltung von Gebäuden zu Wohnzwecken;
- Ankauf von Wohnhäusern zwecks Erweiterung des Wohnungsbestandes des „Service logement“ der Stadt;
- Erhöhung der Anzahl von gemeindeeigenen Sozialwohnungen; Bau in Eigenregie von Sozialwohnungen für Miete oder Eigenheimankauf;
- Verbesserung der Verwaltung und Instandsetzung gemeindeeigener Sozialwohnungen mit Hilfe des vorhandenen Fachwissens der kommunalen Dienststellen;
- Schaffung einer zentralen Anlaufstelle in der Gemeinde, wo alle Bewerber einer Sozialwohnung die administrativen Schritte erledigen können, egal ob es sich dabei um eine Wohnung der Stadt, des Staates oder einer öffentlichen Einrichtung handelt;
- Überprüfung der Zugangskriterien für Sozialwohnungen und Beratung jener Bewohner, die diese Kriterien nicht mehr erfüllen, um ihnen beim Umzug in eine andere Wohnung zu helfen;
- zügige Renovierung auf Basis eines Mehrjahresplans von gemeindeeigenen Wohnhäusern, die ohne Zwischenhandel vermietet werden;
- Schaffung weiterer Wohnungen für spezifische Bedürfnisse, wie z.B. ältere Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung und in ihrem Viertel bleiben wollen; desgleichen Jugendliche und Behinderte;
- Weiterführen der Bauprogramme von Studentenwohnungen;
- Schaffung von Wohnraum für vorübergehenden Bedarf;
- bei Verdichtung oder Bau von Hochhäusern besondere Aufmerksamkeit auf die nachhaltige Gestaltung der Außenbereiche sowie auch bei der Besetzung der Erdgeschosslokale, die den Bewohnern als Begegnungsstätten dienen können;
- aktives Erstellen eines Inventars leerstehender Wohnräume und Erforschung der Ursachen dieses Leerstandes;
- in einer ersten Phase Kontaktaufnahme mit den Besitzern leerstehender Wohnräume, um sie zu ermutigen, mit der Gemeinde in Sachen Wohnungspolitik zusammenzuarbeiten bevor, falls notwendig, rechtliche Mittel oder eine Gebühr auf leerstehenden Wohnungen eingesetzt werden.

3. EIN ERBE, DAS ES ZU ERHALTEN GILT

Zusammen wollen wir unser Stadtbild bewahren!

Die Stadt Luxemburg war am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Schleifung der Festung, eine kleine Stadt mit 20.000 Einwohnern. Heute hat die Stadt 114.000 Einwohner. Es bleibt eine Anzahl einzelner Stadthäuser, die sich durch ihre architektonische Qualität auszeichnen, zu bewahren, aber wir möchten auch architektonische Zeitzeugen aus jüngerer Zeit bei unserem Architektur- und Denkmalschutzbestreben nicht vernachlässigen. Ob es sich um ganze Straßenzüge handelt oder um Straßenteile, die eine erhaltenswerte Einheit bilden: sie alle prägen den typischen Charakter unserer Stadt. „Die Stadt entwickeln“ heißt auch „Bestand und Neubauten harmonisch miteinander verbinden“.

Die Sozialisten setzen sich dafür ein, dass die Stadt

- systematisch jene repräsentativen Bauten erhält, die im Inventar, das die Gemeinde zusammen mit den zuständigen staatlichen Dienststellen erstellt hat, eingetragen sind;

- *das Inventar aller erhaltenswerter Gebäude fertigstellt, um ein weiteres sinnloses Zerstören, so wie wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben, zu verhindern;*
- *das bereits erstellte Inventar, das sich zum Teil im neuen allgemeinen Bebauungsplan (PAG) der Stadt widerspiegelt, über das Internet für alle Bürger zugänglich macht;*
- *die Innenausstattung der denkmalgeschützten Häuser systematischer erhält, anstatt meist totale Entkernungen zu gestatten, die alle Stilelemente, die zur erhaltenen Architektur passen und mit ihr verwachsen sind, ausradieren und so nur noch die Fassadenhülle übriglassen;*
- *dafür Sorge trägt, dass die energetische Sanierung von Altbauten im Respekt der historischen Bausubstanz einhergeht;*
- *eine Dienststelle einrichtet, die den Besitzern von erhaltenswerten Altbauten bei Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten zur Seite steht;*
- *eine systematische Überwachung und Bewertung („Monitoring“) der Umsetzung des neuen allgemeinen Bebauungsplans (PAG) durchführt, um so die Entwicklung unserer Stadtviertel zu verfolgen;*
- *eingreift, wenn die bauliche Identität unserer Stadtviertel durch Neubauprojekte, die die Zerstörung typischer Bauten mit sich bringen, gefährdet wird;*
- *besonders vorsichtig bei schwerwiegenden Veränderungen in der UNESCO (Weltkulturerbe)- Schutzzone ist;*
- *Wert auf die architektonische Qualität von Neubauten legt, daher Neubauten ablehnt, die von schlechter architektonischer Qualität sind oder die typische Architektur der bestehenden Bebauung der Stadt oder des bestimmten Stadtviertels außer Acht lässt;*
- *ein Internet- Portal für alle öffentlichen Dokumente, die einen Bezug auf Baugenehmigungen und behördliche Prozeduren haben, einrichtet;*
- *die Einwohner der Stadtviertel von vornherein in die Diskussionen über die Entwicklung ihres Stadtviertels einbindet, insbesondere was die Architektur und deren Auswirkungen auf ihr Leben im Alltag angeht.*

4. DIE EINWOHNER UND DIE NATUR

In einer Stadt, die trotz rasantem Wachstum menschenfreundlich bleiben will, ist die Natur ein wichtiger Faktor für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Einwohner. Der Schutz der Natur soll deshalb in allen urbanistischen Entscheidungen mit in Betracht gezogen werden.

Die Sozialisten setzen sich dafür ein, dass

- *dem Schutz der Naturgebiete, die auf dem Stadtgebiet im allgemeinen Bebauungsplan (PAG) festgelegt sind, eine größere Bedeutung zukommt, dass sie miteinander durch grüne Korridore verbunden werden und Projekte zur Förderung der biologischen Vielfalt umgesetzt werden;*
- *Biotopen der Stadt, wie Parks und Felsen, die für Flora und Fauna bestimmte spezifische und hochinteressante Lebensräume darstellen, wirksam geschützt werden;*
- *die Räume entlang von Straßen und um Bäume, wo sich die Natur frei und zu einem Regulierungsfaktor im öffentlichen Raum entwickeln kann, klar abgegrenzt und zu diesem Zweck benutzt bzw. umgestaltet werden;*
- *Maßnahmen gefördert werden, die mehr Natur in die Stadt bringen (Flachdächer und Fassaden, bedeckt mit viel Grün, Steinmauern, die eine Umgebung für Flora und Fauna schaffen, Parkplätze mit durchlässiger Beschichtung, Einrichtung von Wassertanks);*
- *die Renaturierung des Petruss- und Drosbach-Tals in Zusammenarbeit mit dem Staat und den betroffenen Nachbargemeinden endlich vorangetrieben wird;*
- *sich über das Klima in der Stadt und vor allem über die Qualität der Luft gesorgt wird, wohlwissend, dass diese Aspekte stark abhängig vom Pkw- und Flugverkehr sowie dem Energieverbrauch sind;*
- *die Lichtverschmutzung reduziert wird;*
- *die Kinder der Natur nähergebracht werden, und zwar durch Sensibilisierungskampagnen zum Thema Natur sowie Kontakte mit den Landwirten, die ihre Produkte in Schulen und „Maisons relais“ der Stadt verteilen;*
- *mehr Flächen zu Naturschutzzonen, Parks, Erholungsgebieten und Fußgängerwegen umgewandelt werden (entweder auf Grundlage bestehender Regulierungen, über den Weg der regionalen und/oder nationalen Zusammenarbeit oder durch innovative Lösungen, die den Besitzern brachliegender Grundstücke vorgeschlagen werden).*

5. KINDER UND FAMILIEN ZUERST

Das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen und ihre Zukunftsperspektiven sind ein vorrangiges Anliegen der Sozialisten. Die „Stater Sozialisten“ wollen eine moderne und offene Familienpolitik verfolgen, die den Eltern erlaubt, das Familien- und Berufsleben zu vereinbaren, somit zur Gleichheit von Frauen und Männern beitragen, ohne die schwierige Aufgabe der Alleinerziehenden aus den Augen zu verlieren.

Die Kindheit

Die „Stater Sozialisten“ stellen das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen ebenso wie die Chancengleichheit in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen.

Denn ausgeglichene Kinder und Jugendliche sind die beste Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft.

Leider stellen wir fest, dass die Zahl der benachteiligten Kinder steigt. Es handelt sich dabei nicht immer nur um materielle Benachteiligung. Daher müssen die politischen Verantwortlichen intelligente und wirkungsvolle Strategien entwickeln, damit alle Kinder dieselben Startchancen erhalten.

Die „Stater Sozialisten“ sind der Meinung, dass die austretende Gemeindeführung dieses Thema nicht ernst genug genommen hat und keinen wirklichen Willen hatte, sich der Problematik der Chancengleichheit zu widmen. Kinder aus bescheidenen Familien haben immer noch weniger Chancen, zu einer höheren Schulbildung als ihre Eltern aufzusteigen während Kinder aus wohlhabenden Familien alle Chancen haben, einen hohen Bildungsstand zu erreichen. Diese Lage, die seit Jahrzehnten andauert, ist unannehmbar.

Wir sind ebenfalls der Meinung, dass entgegen weit verbreiteter Meinungen die Gemeindepolitik nicht nur eingreifen kann, sondern auch die Pflicht hat, gegen die Armut der Kinder zu kämpfen, die keine Fatalität sein darf. Durch ihre Nähe zu den Bürgern ist sie am besten gestellt, eine wirkungsvolle vorbeugende Politik anzugehen.

In diesem Zusammenhang spielt die Betreuung der Kinder vor Beginn der Schulpflicht eine wichtige Rolle, wenn beide Elternteile beruflich tätig sind und ihre Kinder einer Krippe oder einer Tagesstätte anvertrauen.

Danach wird ein anspruchsvoller Unterricht in einer ausgeglichenen Atmosphäre, der die Kompetenzen eines jeden einzelnen Kindes fördert, allen Kindern erlauben, ihre Persönlichkeit zu entwickeln.

Deshalb schlagen die „Stater Sozialisten“ vor

- *den Dialog zwischen den in der Erziehung Tätigen und dem Schöffenrat nicht nur zu erhalten, sondern auch zu verbessern, um einen effektiven Dialog zwischen den verantwortlichen Partnern der Schule zu ermöglichen;*
- *eine vorausschauende Politik für die kleinen Kinder (von 0 bis 4 Jahren) zu verfolgen, um mit den jungen Eltern zu sprechen und sie auf die soziokulturellen Angebote der Stadt aufmerksam zu machen, in Anlehnung an Projekte wie z.B. in Bochum („chancenreich“);*
- *die Betreuung in den Kindertagesstätten auf alle Kinder des „Précoce“ auszudehnen;*

- *ein hochwertiges Erziehungsprogramm für die Kinder des „Précoce“ in geeigneten Räumlichkeiten zu erstellen;*
- *einen Pool von Ersatzpersonal für die Erzieherinnen und Erzieher vorzusehen, ähnlich wie beim Lehrpersonal;*
- *die Möglichkeiten für die Kommunikation zwischen den Eltern und der Leitung der Tagesstätten anzupassen;*
- *die Bedürfnisse für die Öffnung der Tagesstätten ab sieben Uhr zu prüfen;*
- *einen dauerhaften Dialog zwischen der Stadt und den Erzieherinnen und Erziehern anzustreben, um zur Optimierung der Arbeitsbedingungen zu gelangen;*
- *den Eltern die öffentliche Schule vorzustellen und diese zu fördern, auch über den Weg von Informationsversammlungen für Erstankömmlinge im Land;*
- *die Entwicklung der Kinderzahl pro Stadtviertel besser kennenzulernen, um somit die Bedürfnisse und das Angebot an notwendigen Räumlichkeiten vor auszusehen und zu planen;*
- *die Qualitätscharta der außerschulischen Betreuung in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Verantwortlichen der Foyers zu schreiben und anzupassen, und darin die Resultate aus den Erfahrungen mit den großherzoglichen Reglementen zu berücksichtigen;*
- *im Dialog zwischen dem Personal der verschiedenen Foyers positive Erfahrungen auszutauschen;*
- *ökologisches Verhalten zu fördern indem bei der Benutzung des Materials, den Aktivitäten und der Vermeidung von Nahrungsvergeudung ein respektvoller Umgang mit der Umwelt praktiziert wird;*
- *ein Netz von Dageseltern mittels einer wirksamen Kommunikation zu entwickeln und zu fördern.*
- *Eine Politik, die die Belange der Kinder und der Jugendlichen als zentral betrachtet, darf sich nicht auf die Schulen und die Betreuung außerhalb der Schulzeit beschränken. So kann und soll der Urbanismus die sehr spezifischen Bedürfnisse der Kinder bei der Schaffung von öffentlichen Räumen berücksichtigen, damit sie sich darin wohlfühlen. Eine Stadt muss für alle gedacht werden, einschließlich der Kinder, die das Recht haben, sich in der Stadt sicher und autonom zu bewegen. In einem urbanen Umfeld, das immer weniger den Bedürfnissen der Kinder entspricht, muss die Stadt dafür sorgen, dass offene, natürliche und freundliche Räume spontane Begegnungen ermöglichen: Spillways ohne größere Aufbauten, Ruheplätze, begrünte Plätze, usw. In diesem Zusammenhang schlagen die „Stater Sozialisten“ vor;*

- *zusammen mit den Kindern eine Charta für einen Urbanismus aufzustellen, der die Bedürfnisse der Kinder nach Sicherheit und angepasster Beschilderung beachtet;*
- *den Umkreis der Gymnasien und Schulen so abzusichern, dass Jugendliche und Kinder sicher und frei von ihrem Wohnsitz bis zur Schule und ihren Freizeiteinrichtungen gelangen können;*
- *Kinder und Bewohner der Stadtviertel bei der Planung von Spielplätzen einzubinden und mehr natürliche Elemente mit einzubeziehen;*
- *einen gratis „Indoor“- Spielplatz zu beschließen, sei es in bestehenden Räumlichkeiten oder in neuen Anlagen;*
- *eine Beleuchtung der Spielplätze anzubringen, die es den Kindern erlaubt, auch noch im Herbst und im Winter draußen zu spielen;*
- *einen permanenten Kindergemeinderat einzurichten, um die Kinder für das Leben der Gemeinde zu sensibilisieren und ihnen die Gelegenheit zu bieten, ihre Meinung zu äußern und an dem politischen Leben teilzunehmen;*
- *die erzieherische und soziale Betreuung der Jugendlichen in Vereinen und Sportclubs finanziell und logistisch zu ermutigen und zu unterstützen.*

Das Internet-Portal der Stadt soll eine Web-Seite enthalten, auf der alle an dem Wohlempfinden der Kinder Interessierten schnell miteinander kommunizieren können: Eltern, Lehrpersonal, Personal der Betreuungsstrukturen, Freizeit- und Sportvereine aus den Stadtvierteln sowie die spezialisierten Gemeindedienststellen. Die „Stater Sozialisten“ wollen dem für den Dienst an den Kindern zuständigen Dienst mehr Mittel zur Verfügung stellen, um dessen Tätigkeit stärker zu professionalisieren. So werden der für das Internet zuständigen Dienststelle neben dem notwendigen Know-how für die Technik Experten der Kindheit und der pädagogischen Beziehungen zugeteilt. Je nach den zu behandelnden Sparten sollen die Experten ausgetauscht werden. Wenn es z.B. gilt, Kinder für einen Sportclub anzuheuern oder für einen Musikverein, werden mit Hilfe von aktivem Personal spezifische Module für die Internet-Kommunikation ausgearbeitet.

Auf die Jugend setzen

Die „Stater Sozialisten“ sind sich bewusst, dass die Jugend (zwischen 12 und 25) wesentlich für die Zukunft der Stadt ist, und bedauern, dass die austretende Gemeindeführung dem nicht genug Rechnung getragen hat. Es ist wesentlich, den Jugendlichen zuzuhören, ihre Energie einzusetzen ebenso wie ihre schöpferischen Potentiale, um eine gerechte Vision der Stadt von heute und morgen zu verfolgen. Ihnen zuzuhören heißt auch, allen eine größere Chance zum Erfolg zu bieten und niemanden zu vernachlässigen.

Die „Stater Sozialisten“ sind der Meinung, dass der Bürgersinn der künftigen Generationen erhalten und entwickelt werden muss. Es soll ihnen geholfen werden, verantwortliche Bürger der Stadt zu werden.

Die Jugend sieht sich in ihrem täglichen Leben vielen Fragen ausgesetzt, um ihre Zukunft aufzubauen, sei es in der Schule, bei der Berufswahl, bei ihrer Gesundheit (Lebenshygiene, Sexualität, Drogen, Alkohol, Depression, Unwohlsein, Selbstmord, Internet mit allen Gefahren, ...), ihrem Verhältnis zur Umwelt, ihrer Beteiligung am Vereinsleben und ihrem sozialen Einsatz als freiwillige Helfer.

Die Jugendlichen sind in gewissen Bereichen einfühlsamer und mit einem Vorsprung auf die sogenannten „reifen“ Generationen ausgestattet. Eine moderne Stadt muss dem Rechnung tragen, indem sie die Toleranz und den Willen zum Zusammenleben, die Internationalität und die tägliche Vielsprachigkeit, die allumfassende Kreativität im Hinblick auf die Multikulturalität, die Wahl der sanften Mobilität, den Schutz der Umwelt und den täglichen Gebrauch von Spitzentechnologien berücksichtigt und fördert.

Die Sozialisten sind bereit, mit den Jugendlichen auszutauschen und zu kommunizieren, um ihnen zu helfen und erwarten sich von ihnen Anregungen, wie sie die Stadt von morgen sehen und wie sie eine bessere Stadt aufbauen wollen.

In diesem Sinne gilt es, die Unterschiede zwischen den Jugendlichen von 12 Jahren und jenen von 16 Jahren in Betracht zu ziehen.

Für die Jüngeren muss die Möglichkeit weiter geboten werden, von dem von der Stadt geförderten Angebot Gebrauch zu machen, wie z.B. die Jugendhäuser, die konventionierten Begegnungsstätten, die Sportanlagen, Grünflächen, Spielplätze und Ruhestätten (siehe das Kapitel über die Kindheit). Aber auch die Vereine jeder Art spielen eine Rolle für ihre Entwicklung. Eine angepasste und professionelle Betreuung muss angeboten werden und das notwendige erzieherische Personal muss zur Verfügung stehen.

Für die Älteren darf nicht vergessen werden, dass diese Infrastrukturen zwar noch immer eine große Rolle für sie spielen, aber man soll erkennen, dass sie auch handeln wollen! Das heißt, dass man sie sagen lässt, was ihnen gefällt und was ihnen nicht gefällt: das ist ein beständiger kreativer, interaktiver Austausch mit den Gemeindeautoritäten.

Für eine bessere Jugendpolitik der Stadt schlagen die „Stater Sozialisten“ vor

- *die Arbeit der bestehenden Strukturen (konventionierte Begegnungsstätte für Jugendliche, Jugendhaus, lokale Web-Seite für Jugendliche...) zu unterstützen und zu fördern;*

- *das Partenariat mit Einrichtungen und Vereinigungen wie das Rote Kreuz, Caritas, Solidarité Jeunes, Interactions... auszuweiten;*
- *die in der Stadt ansässigen europäischen Institutionen mehr in erzieherische Partenariate einzubinden;*
- *das Internetportal der Stadt zu einem praktischen und benutzerfreundlichen Instrument für die Jugendlichen auszubauen;*
- *auf dem Stadtgebiet den Austausch zwischen den in den verschiedenen öffentlichen und privaten Schulen eingeschriebenen Jugendlichen zu fördern, Brücken zwischen ihnen zu schlagen;*
- *internationale Begegnungen zu organisieren, wie MUN (Model United Nations), MEP (Model European Parliament) oder Euroweek, und die Kandidatur der Stadt für solche internationalen Ereignisse zu stellen;*
- *für ältere Jugendliche eine Webseite einzurichten mit zeitweiligen Jobangeboten: Nachhilfestunden, Ferienjobs, verschiedene Arbeiten, Mitfahrangebote für Studenten...;*
- *eine attraktivere Webseite der Stadt Luxemburg im Dienste der Jugendlichen;*
- *einen permanenten Gemeinderat für Jugendliche einzurichten, damit deren Meinung gehört wird und sie aktiv an dem politischen Leben der Stadt teilhaben können.*

Aus dem enormen Potential der jungen, internationalen Bevölkerung der Stadt schöpfen, heißt, Nutzen ziehen aus dem Wagemut und dem Erfindungsgeist der Jugend egal welcher sozialer Herkunft und egal welchen Ursprungs: es ist eine der Lösungen für die Stadt Luxemburg, den Zug der Modernität nicht zu verpassen.

6. FÜR EINE ENGAGIERTE POLITIK DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Die „Stater Sozialisten“ setzen sich für eine aktive Sozialpolitik auf lokaler Ebene ein. Diese soll nicht einfach nur darin bestehen, finanzielle Beihilfen zu verteilen, sondern muss vor allem in einer präventiven Politik gegen die Armut liegen, um den Menschen zu ermöglichen, ihr Leben selbständig zu gestalten.

Die Sozialisten schätzen die täglich von den vielen im Sozialbereich tätigen Einrichtungen und Vereinigungen geleistete Arbeit. Aber die Stadt kann sich nicht damit zufriedengeben, die Sozialpolitik an externe Organisationen und Dienstleister auszulagern.

Die Sozialisten werden deshalb dafür sorgen, dass die Stadt

- *ihre kommunalen Dienstleistungen besser koordiniert und die Zusammenarbeit mit dem städtischen Sozialamt verstärkt. Dieses muss zu einem sozialen Flaggschiff in der Gemeinde werden;*
- *das Sozialamt durch die Einstellung zusätzlicher Sozialarbeiter verstärkt;*
- *schnellstmöglich dem Sozialamt neue Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, die den Bedürfnissen der Mitarbeiter und Kunden Rechnung tragen;*
- *die konventionierte Zusammenarbeit mit den zahlreichen Fachorganisationen im sozialen Bereich auf der Grundlage von an die Sozialarbeit angepassten Instrumenten fördert;*
- *ausgehend von den in den letzten Jahren gesammelten Daten über die soziale Lage in der Stadt (FOREG-Studie) einen kommunalen Sozialplan ausarbeitet;*
- *mit der Verwaltung zur Förderung der Beschäftigung (ADEM) und den im Bereich der beruflichen Integration tätigen Organisationen (Aarbechtshëllef, Co-labor, APEMH, Ligue HMC, ...) zusammenarbeitet mit dem Ziel, der Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg Einhalt zu gebieten;*
- *zusammen mit diesen Verbänden und der ADEM ein Monitoring einführt zwecks Begleitung der Projekte während ihrer Umsetzung;*
- *sich weigert, die kommunalen öffentlichen Dienste zu privatisieren, und im Gegenteil durch das vermehrte Angebot von Lehrstellen in den kommunalen Dienststellen, mehr Anstrengungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung für die Bewohner der Gemeinde unternimmt, verbunden mit der Perspektive einer Festanstellung. Diese Anstrengungen müssen auch in Richtung derjenigen gemacht werden, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer vermittelbar sind;*
- *die für die Aufnahme von Obdachlosen und Drogenabhängigen unabdingbaren sozialen Strukturen auf seinem Stadtgebiet dezentral organisiert und die anderen Gemeinden dazu aufruft, sich an diesem sozialen Engagement auf ihrem eigenen Territorium zu beteiligen;*
- *das „Streetworking“ für benachteiligte Menschen (Obdachlose, Drogenabhängige, sozial entwurzelte Jugendliche) vor allem in den am stärksten betroffenen Vierteln wie dem Bahnhof und Bonneweg verstärkt;*
- *auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Sport- und Freizeitverbänden setzt, die präventive Sozialarbeit leisten und tagtäglich ihren Beitrag zur Sozialisierung junger Menschen leisten.*

7. DIE VERANTWORTUNG DER STADT FÜR DIE KULTUR: ZUGANG FÜR ALLE ZUM KULTURANGEBOT UND FÖRDERUNG DER SCHÖPFERISCHEN TÄTIGKEIT

Die Stadt Luxemburg soll lebendige Kultur für jedes Publikum und anspruchsvolle Veranstaltungen anbieten. Dieses Angebot soll jedem zugänglich sein, insbesondere den Kindern und Jugendlichen der Stadt; es soll ebenfalls sozial weniger Begünstigte ansprechen. Die „Stater Sozialisten“ erkennen den Zugang zur Kultur als einen wichtigen Weg der Erziehung.

Die Politik des DP/Grünen-Schöffenrates ist auf diesem Gebiet in der Hauptsache kommerziell ausgerichtet und verfolgt das Ziel, eine bestimmte Kundschaft zu bedienen. Für die „Stater Sozialisten“ gilt es jedoch vordergründig, das künstlerische Schaffen in der Stadt viel energischer zu unterstützen.

Es sind zuerst die schöpferischen Menschen im Allgemeinen und die Künstler im Besonderen, die das Kulturleben der Stadt ausmachen. Deshalb muss die Hauptaufgabe der städtischen Kulturpolitik sein, die Künstler – ob neben- oder hauptberuflich – zu unterstützen und ein für die schöpferische Tätigkeit günstiges Umfeld zu schaffen.

Deshalb wollen die „Stater Sozialisten“ in die kulturellen Akteure und ihre Vorhaben investieren und sich nicht auf Prestige-Infrastrukturen oder einzelne Großereignisse beschränken.

Zu diesem Zweck schlagen die „Stater Sozialisten“ vor

- *den Besuch der städtischen Museen kostenlos zu machen und das Mäzenat für diese Einrichtungen zu fördern;*
- *weiterhin die Theater und sonstige künstlerische Tätigkeiten auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg zu unterstützen, in der Hauptsache finanziell;*
- *die städtische Bibliothek und Mediathek weiter zu entwickeln und deren Angebot an die Bevölkerung der Hauptstadt anzupassen;*
- *die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen der Region wie der Großregion und deren Koordinierung weiterzutreiben (QuattroPole und LELA+);*
- *die kulturellen Vereinigungen zu unterstützen, und zwar über den Weg eines kommunalen „Hauses der Kulturvereine der Stadt Luxemburg“, das zentral gelegen und auch samstags geöffnet wäre, z.B. in den Räumlichkeiten des LCTO (Luxembourg City Tourist Office);*
- *einen „Tag der Kulturvereine“ bei Schulanfang einzurichten, um den Familien die Einschreibung in diese Vereine zu vereinfachen;*

- *lokale Kulturinitiativen über Konventionen und Subsidien zu unterstützen, nachdem eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Vereinigungen und Schulen (Tanz, Musik, Theater...) im kulturellen Bereich vorgenommen wurde;*
- *jedes Jahr einen „Artist in residence“ für die Dauer eines Jahres auf Grund eines Wettbewerbs der Stadt Luxemburg zu bestimmen.*

Die „Stater Sozialisten“ wollen in die schöpferische Tätigkeit junger Künstler investieren und die dafür noch fehlenden Strukturen und Lokale in den verschiedenen Vierteln der Hauptstadt zur Verfügung stellen:

- *es soll ein „schöpferisches Kunstzentrum“ in Eigenregie der jungen Künstler im alten Schlachthof in Hollerich oder auf der Industriebrache in Dommeldingen entstehen; darin können Musik- und Tanzstudios für Jugendliche, Probe- und Übungsräume und Ausstellungssäle eingerichtet werden, aber keine größeren Konzertsäle, die nachteilig für die Anrainer sein könnten;*
- *die Dynamik der Rotunden in Bonneweg absichern, die einen wichtigen Ort für kulturelle Versuche junger Künstler und des jugendlichen Publikums darstellen.*
- *die „Stater Sozialisten“ wollen in die Entwicklung aller Kunstsparten investieren und daher*
- *die Kandidatur der Stadt Luxemburg als „City of Design“ der UNESCO unterstützen;*
- *die Einrichtung eines Kinosaals „art et création“ in der Hauptstadt unterstützen, in dem Filme und Dokumentarstreifen Luxemburger und ausländischer Produzenten gezeigt würden;*
- *Spitzentechnologie des Bildes und des Filmes an die schöpferische Tätigkeit und an die Kultur über den Weg von Ausstellungen und Ateliers für Kinder und Jugendliche heranzuführen;*
- *das Publikum und besonders die Jugend für den Schutz des Kulturerbes, für die Archäologie, die Architektur und die Entwicklung der Landschaft in der Stadt ebenso wie das immaterielle Erbe in allen Formen (Traditionen, alte Handwerke, Handwerks- und Industrieerbe der Stadt, die althergebrachte Tradition des Märchenerzählens für Kinder und Erwachsene....) aufnahmefähig machen;*
- *zu künstlerischer Schöpfung außerhalb althergebrachter Pfade anspornen, Austausch und Erneuerung fördern, ebenso Vorhaben, in die sich Künstler und Publikum der Immigration einbringen;*
- *bildende Künste weiterentwickeln und sie auf Augenhöhe des Angebots von Musik, Tanz, Gesang und Theater bringen, besonders auch für Kinder und Jugendliche (eine Schule für bildende Künste).*

Die „Stater Sozialisten“ wollen die künstlerische Betätigung der Kinder und Jugendlichen über den Weg kultureller Initiativen in der Schule fördern und zu diesem Zweck

- *den Kindern und Jugendlichen erlauben, im Rahmen der formalen sowie der informalen Schulbildung (Schulen und Tagesstätten) kostenlos den Proben von Vorführungen, die in Vorbereitung sind, beizuwohnen, ihnen somit die Tore der großen Konzert- und Theatersäle zu öffnen, ebenso wie zu den Ausstellungssälen während der Einrichtung von Ausstellungen in den Museen wie in den Studios von Rundfunk, Fernsehen und Film...*
- *kulturelle Begegnungen zwischen Kindern und Jugendlichen der verschiedenen öffentlichen und privaten Schulen der Stadt fördern, z.B. über den Weg von kulturellen Tagen zwischen den Schulen; solche Tage würden den kulturellen Reichtum zeigen, den das Nebeneinander zahlreicher Nationalitäten enthält, und könnten die Trennung zwischen den Kindern, die durch die Wahl der Schulen und Gymnasien entsteht, abbauen.*

Die „Stater Sozialisten“ wollen den sozialen Zusammenhalt über den Weg der Kultur und der schöpferischen Tätigkeit fördern und deshalb

- *die Gratis-Angebote luxemburgischer Sprach- und Konversationskurse an den Bedürfnissen der Einwohner angepassten Zeiten vermehren ohne dabei die Arbeit der in diesem Bereich bereits tätigen Vereinigungen (Café Babel, club polyglotte...) zu vernachlässigen. Über diese Kurse können die Einwohner ebenfalls an die Traditionen des Landes in einem konvivialen, informellen und praktischen Geist, ohne den Druck von Prüfung und Niveau-Einteilung, herangeführt werden;*
- *die Organisation von Amateurkünstler-Salons in den städtischen Räumlichkeiten die einzelnen Viertel fördern und damit den nicht beruflichen Künstlern die Möglichkeit geben, sich ihren Mitbewohnern vor Ort vorzustellen.*

Viele Angebote und Initiativen gibt es bereits, aber die „Stater Sozialisten“ werden den Zugang zur Kultur verbessern, indem das kulturelle Angebot zwischen privaten und öffentlichen Trägern besser koordiniert wird. Das kulturelle Angebot für Jugendliche ist angesichts der starken Nachfrage ungenügend und soll vergrößert werden. Kinder und Jugendliche aus sozial weniger begünstigten Familien sollen dabei nicht vergessen werden.

Alle diese Anstrengungen haben ein einziges Ziel: die schöpferische Tätigkeit und die Nachhaltigkeit der kulturellen Bemühungen der Stadt Luxemburg für alle Einwohner in den kommenden Jahren erhalten und gerecht verteilen.

8. MOBILITÄT FÜR ALLE

Die „Stater Sozialisten“ sind der Meinung, dass die aktuelle Verkehrssituation in der Hauptstadt katastrophal ist. Staus, Unfälle, Lärm und Abgase beschädigen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Lebensqualität der Einwohner und Pendler, welche jeden Morgen und Abend auf eine harte Probe gestellt werden. Diese Situation ist ebenso schädlich für die Sicherheit der Einwohner wie für die Wirtschaft und den Tourismus in der Stadt.

Die Sozialisten beabsichtigen, eine systematische Politik der Anreize und Vorschriften zu verfolgen, um den Pkw-Verkehr im Zentrum und in den Stadtvierteln herabzusetzen.

Das Rückgrat der Mobilität in der Stadt wird bald die Straßenbahn sein. Sie wird die Effizienz des öffentlichen Verkehrs erhöhen und die angespannte Auto- und Busverkehrslage entlasten. Mit dafür sorgen werden die geplanten peripheren Bahnhöfe in Hollerich, Howald und Pfaffenthal sowie ein dezentrales Bus-System, das alle Stadtviertel abdeckt.

Aus der Perspektive einer menschlicheren und umweltfreundlicheren Vision der Mobilität setzen sich die „Stater Sozialisten“ für folgende Maßnahmen ein:

- *sofort, in Zusammenarbeit mit dem Staat, Luxtram S.A. und den benachbarten Gemeinden, die Erweiterung des Straßenbahnnetzes im gesamten Ballungsgebiet der Stadt Luxemburg, und besonders nach Strassen und Mamer, zu prüfen und zu planen;*
- *das Netz getrennter, daher sicherer Radwege (schneefreie Fahrbahnen im Winter!) erweitern und verbessern sowie den Bau von Brücken für Radfahrer und Fußgänger voranbringen; kommunale Netze im Großraum untereinander verbinden, die Beschilderung nach der großherzoglichen Verordnung einführen, gesicherte Fahrradboxen in der Nähe von öffentlichen Gebäuden bereitstellen, Firmen, Ämter und kommunale Mitarbeiter für die sanfte Mobilität sensibilisieren, einen neuen Posten des Beauftragten für die sanfte Mobilität in der Gemeinde erstellen sowie regelmäßige Fahrradkampagnen und Aktionen rund ums Rad starten;*
- *zusammen mit dem Verein „Vélo en Ville“ und den kommunalen Dienstleitungen (Straßen, Verkehr, AVL ...) ein Projekt für die sanfte Mobilität erstellen, mit dem Ziel, das Fahrradangebot der Gemeinde weiterzuentwickeln und zu verwalten;*
- *gefährliche Unterbrechungen in der Streckenführung der Radwege vermeiden;*
- *überall dort für Sicherheit sorgen, wo Fußgänger und Radfahrer zusammentreffen und klar, d.h. materiell die Räume für die einen und die anderen trennen;*

- für den Schutz der Fußgänger als besonders gefährdete Verkehrsteilnehmergruppe Sorge tragen; eine Charta der Fußgänger wird entwickelt und die Fußgängerbeschilderung optisch verbessert;
- das Ampel-Management verbessern, so dass insbesondere ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität die Straße sicher überqueren können; die Überquerungszeiten für Fußgänger sind an den Ampelkreuzungen zu kurz und die Wartezeiten zu lang, weil dem Autoverkehr noch immer Vorrang gegeben wird;
- zu Stoßzeiten an einigen großen Kreuzungen Ampelschaltungen „alles grün“ für Fußgänger und „alles rot“ für Fahrzeuge einführen, damit Fußgänger und Radfahrer die Kreuzung sicher und ohne Zeitverlust überqueren können (zum Teil auch mit der Möglichkeit, quer über die Kreuzung zu gelangen);
- die Geschwindigkeit systematisch überwachen, und zwar sowohl auf Straßen mit Geschwindigkeitsbegrenzungen von 20 oder 30 km/h als auch an den großen Straßenachsen, wo nicht mehr als 50 km/h erlaubt ist;
- untersuchen, wie das Aufeinandertreffen von Autos, Radfahrern und Fußgängern im Innern der Stadtviertel im gegenseitigen Respekt aller Verkehrsteilnehmer verbessert werden kann, und sogenannte „Zone de Rencontre“ einführen;
- den Verkehrsfluss in den Stadtvierteln systematisch untersuchen, um den Schleichverkehr durch die Wohnviertel zu senken;
- das Unsicherheitsgefühl und die Unhöflichkeit in den öffentlichen Verkehrsmitteln durch Kampagnen, koordiniert von Busdienst mit den Schulen und Lyzeen, bekämpfen und somit für ein respektvolles gegenseitiges Verhalten, insbesondere gegenüber älteren Fahrgästen und den Busfahrern, sorgen;
- den Bestand der öffentlichen und privaten Parkplätze ermitteln, die Verwaltung der vorhandenen Parkplätze verbessern, insbesondere am Abend, wenn viele Parkhäuser leer stehen und sich die Parkplatzsituation in den Wohnvierteln zuspitzt; tagsüber eine schrittweise Erhöhung der Parkplatzgebühren nach einer oder zwei Stunden;
- die Verringerung der maximal zulässigen Parkzeit auf den Straßen auf zwei Stunden für Nichtbewohner von Montag bis Samstag während der Arbeitszeiten prüfen.

9. EINE AUSGEWOGENE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Stadt Luxemburg ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, der der Gemeinde viele Einnahmen einbringt. Es besteht jedoch das Risiko, dass die Struktur der Wirtschaft langfristig schrumpft und sich auf Banken, Dienstleistungsbetriebe und Luxushandel beschränkt.

Im Jahre 2003, anlässlich der Gründung der Universität Luxemburg, hat der damalige Schöffenrat es leider verpasst, sich ernsthaft für die Niederlassung der Uni in unserer Hauptstadt einzusetzen. Somit entging der Stadt ein wichtiger Trumpf für Innovation. Einzig konnte der Sitz für das Kompetenzzentrum für Finanzen und Rechtslehre gesichert werden, jedoch ist noch immer nicht klar, inwiefern sich die Stadt dabei einbringen und wo sich die Universität in der Hauptstadt definitiv niederlassen wird.

Ein Verlust an wirtschaftlicher Vielfalt ist zu befürchten, einerseits durch das Verschwinden von Einzelhandel und Nahversorgung im Zentrum und in den Stadtteilen und andererseits durch das Wegziehen von Handwerksbetrieben in Aktivitätszonen außerhalb der Stadt.

Eine bessere Vereinbarung von Arbeiten und Wohnen muss bei städtebaulichen Planungen immer im Vordergrund stehen; daher muss das Ziel verfolgt werden, dass Wohnen und Arbeiten in der Nachbarschaft stattfinden. Junge Familien, die in der Stadt arbeiten, sollen ermutigt werden, hier zu leben.

In den Stadtteilen müssen Nahversorgung und Einzelhandel erhalten und weiterentwickelt werden, damit Bürger nicht für jeden Einkauf mit dem Auto in ein „Shopping Center“ fahren müssen. („Self-sufficient“ Stadtviertel). Neue lokale Einkaufsmöglichkeiten sollen an den sogenannten „Pôles d'échange“ von Tram/Bus entstehen.

Die LSAP „Stater Sozialisten“ werden dafür sorgen, dass die Stadt:

- einen kommunalen Ausschuss für Handel und wirtschaftliche Entwicklung einsetzt;
- den Einzelhandel in den Stadtteilen unterstützt und gegebenenfalls hilft, sich dort neu niederzulassen;
- ein Kataster des Nahhandels (cadastre du commerce de proximité) zwecks Monitoring einführt;
- es Handwerksbetrieben weiterhin ermöglicht, sich in der Stadt niederzulassen;
- den Unternehmergeist junger Menschen unterstützt, z.B. indem ihnen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;

- *innovativen Geschäftsleuten anbietet, sich für eine gewisse Dauer und zu günstigen Mieten in Geschäftslokalen, die Eigentum der Stadt sind, niederzulassen;*
- *die Vielfalt des Angebotes im Handel als Priorität erklärt und jedes Mal, wenn diese Vielfalt in Gefahr gerät, die Ursachen dafür genau untersucht;*
- *wöchentliche oder zu besonderen Gelegenheiten Märkte in den Stadtteilen und in den Bonneweger Rotunden organisiert;*
- *eine Partnerschaft und enge Zusammenarbeit mit den Akteuren aus dem Bereich der Sozial- und der Solidarökonomie eingeht, um eine möglichst breite Palette an Dienstleistungen anzubieten, die vom kommerziellen Sektor nicht abgedeckt werden (z.B. kleinere Arbeiten ums Haus), und den Beschäftigten eine echte berufliche Perspektive zu eröffnen.*

10. EINE LEBENDIGE UND TRANSPARENTE KOMMUNALE DEMOKRATIE

Die DP und die Grünen haben 2005 und 2011 jedes Mal eine transparentere, demokratischere und bürgernähere Politik angekündigt. Am Ende der zwei Amtsperioden stellt man fest, dass die Exekutive mit dem Schöffenrat und die leitende Verwaltungstechnokratie die gewählten Mandatsträger im Gemeinderat immer weniger berücksichtigen. Das City Breakfast dient der Exekutive zur Kommunikation mit den Medien und auf diesem Weg zur Bekanntgabe von Projekten. Die Gemeinderatsmitglieder erfahren von diesen dann aus der Zeitung und werden demnach vor vollendete Tatsachen gestellt.

Das CityMag, finanziert durch öffentliche Gelder, enthält in jeder Ausgabe ein Interview mit der Frau Bürgermeisterin und dient dieser zu Wahlwerbezwecken.

Die „Stater Sozialisten“ wollen

- *den Gemeinderat aufwerten und dessen Funktionsweise im Sinne einer wirksameren Beteiligung aller Volksvertreter an den Entscheidungen der Stadt, von der Entstehung bis zum Abschluss, reformieren;*
- *in diesem Sinne an erster Stelle die Gemeinderatsmitglieder aller Parteien über die Initiativen des Schöffenrats in Kenntnis setzen – nicht über den Weg des City Breakfast;*
- *regelmäßige Bürgerforen einsetzen, in denen die lokalen Interessenvertretungen und Bürgervereinigungen sowie die einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu Rate gezogen werden;*
- *die vorrangigen Investitionen im Dialog mit den Bürgern festlegen;*

- *den Bürgern Gehör schenken, z.B. durch regelmäßige Besuche des Schöffenrats in den Stadtvierteln. Diese sollen vordergründig den Bürgern die Gelegenheit bieten, das Wort zu ergreifen;*
- *die Idee des partizipativen „Bürgerhaushaltes“ wieder aufgreifen. Aufgrund mangelnder Vorbereitung und schlechter Kommunikation war diese Initiative unter der austretenden Gemeindeführung zum Scheitern verurteilt. Daher sollen künftig im Haushalt Mittel für die Umsetzung der von Bürgern vorgeschlagenen Projekte eingeplant werden;*
- *die Tagesordnungen und Protokolle der beratenden Ausschüsse öffentlich machen;*
- *die Internetseite der Stadt im Geiste der „open public data“ anpassen. Für jedes Viertel wird eine eigene Rubrik vorgesehen und das Sprachangebot wird ausgebaut. Die Internetseite wird den Austausch von Vorschlägen und Ideen der Menschen in der Stadt ermöglichen. Auch werden hier die offiziellen Dokumente (Haushalt, Mehrjahreshaushalt, die kurz-, mittel- und langfristigen finanziellen Verpflichtungen und Beteiligungen der Stadt sowie die diesbezüglichen ethischen Kriterien) öffentlich einsehbar sein;*
- *Investitionen tätigen, um mittels der Digitalisierung aller Bereiche des täglichen Lebens (Energie, Mobilität, natürliche Ressourcen, usw.) die Stadt Luxemburg in eine „Smart City“ zu verwandeln;*
- *einen Vermittlungsdienst („Mediation“) schaffen mit einem Pool von professionellen und mehrsprachigen Vermittlern, um Streitigkeiten zwischen Bürgern und Gemeinde sowie Nachbarschaftsstreitigkeiten zu beheben. Bei Streitigkeiten mit Dritten soll zuerst die „Mediation“ in Anspruch genommen werden bevor juristische Schritte eingeleitet werden. Die Kosten für diesen Dienst werden integral von der Stadt übernommen;*
- *ein „Help-Desk“ für Vereinigungen schaffen und auf diesem Weg die Bedeutung des Vereinslebens für den Zusammenhalt der Stadt unterstreichen.*

11. FÜR EINE IM UMGANG MIT DEN ÖFFENTLICHEN MITTELN VORSICHTIGE FINANZPOLITIK

Die finanzielle Lage der Stadt ist gut. Dank der staatlichen Wirtschaftspolitik nimmt die Stadt ohne eigenes Zutun 27 Prozent aller nationalen Gemeindefunkte ein, während die Bevölkerung der Hauptstadt nur 20 Prozent der nationalen Bevölkerung ausmacht. Im Bereich der kommunalen Gewerbesteuer erhält die Stadt 42 Prozent der Einnahmen. Darüber hinaus profitiert keine andere Gemeinde so von den staatlichen Investitionen wie die Hauptstadt. Diese verfügt derzeit über eine Finanzreserve von fast einer Milliarde Euro (900 Millionen Euro). Dies ist das Ergebnis eines Mangels an Investitionen in den vergangenen

Jahren im Bereich der Bildung (Schulen, Tagesstätten), der Sport-Infrastrukturen, des sozialen Wohnungsbaus, der Mobilität sowie der Kläranlagen.

Wenn die Einnahmen sprudeln, kommt es leicht zu unüberlegten Ausgaben. Der Haushalt der blau-grünen Mehrheit basiert auf vagen Schätzungen von wünschenswerten Projekten, die in dem programmierten Haushaltsjahr so gut wie nie Realität werden. Da der Entwurf des Haushaltsplans jedes Jahr einen erheblichen Finanzierungsbedarf für genehmigte, aber fast nie ausgeführte Projekte ausweist, fließen die entsprechenden Gelder in die Reserven. Die Mehrheit kann sich demnach leicht mit einer vorgeblich effizienten Finanzpolitik brüsten.

Die Sozialisten wollen, dass die Stadt

- *eine möglichst genaue Planung aller Investitionen und Prioritäten ausarbeitet. Denn eine ungenaue Finanzplanung verzögert die Ausführung der für die Bürger notwendigen Infrastrukturen;*
- *dafür sorgt, dass nur Mittel im Haushalt aufgeführt werden, wenn das entsprechende Projekt auch in dem besagten Haushaltsjahr in Angriff genommen wird;*
- *die Planung und die konsequente Umsetzung des Haushaltsplanes zum Instrument einer realistischen Finanzplanung macht, die es dem Gemeinderat ermöglicht, die finanzielle Situation realistisch zu bewerten und den finanziellen Spielraum zu erkennen, um Steuererhöhungen und unangemessene Preise für kommunale Dienstleistungen zu verhindern;*
- *solange keine ernsthaften Einsparungen gemacht wurden, die Gemeindegebühren nicht erhöht – traditionell eine einfache Möglichkeit für die politische Mehrheit, Geld in die Kassen der Gemeinde zu spülen;*
- *eine Bestandsaufnahme der kommunalen Abgaben durchführt und deren Berechtigung sowie das eigentliche Einnahmeergebnis unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten der Erhebung überprüft.*

12. SPORT UND FREIZEIT

Sportliche Betätigung und Erholung sind Teil eines gesunden und ausgewogenen Lebensstils und fördern den sozialen Zusammenhalt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt ein Mangel an körperlicher Aktivität das größte Gesundheitsrisiko dar. In der EU bewegen sich ein Drittel der Erwachsenen und zwei Drittel der Jugendlichen zu wenig. Zahlreiche chronische Erkrankungen sind die Folge. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch auf kommunaler Ebene, globale Konzepte zu entwickeln, die Urbanismus, Verkehr, Erhaltung und Schaffung von Grünflächen für Erholung und Sport, sowie unentgeltliche Sportanlagen und freien Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen miteinander verbinden.

Die „Stater Sozialisten“ werden sicherstellen, dass die Stadt

- *in die Modernisierung der städtischen Sportinfrastrukturen investiert und dass zu diesem Zweck eine Bestandsaufnahme der bestehenden Infrastrukturen durchgeführt und ein mehrjähriger Investitionsplan erstellt werden;*
- *die Infrastrukturen in den verschiedenen Vierteln weiterentwickelt bzw. erneuert und vor allem solche in den neueren Stadtteilen anlegt, die selten dort vorhanden sind, wenn die Bewohner einziehen;*
- *bestehende Infrastrukturen in der Stadt (in Schulen und Lyzeen) identifiziert, die zwar nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fallen, die aber außerhalb der Schulzeiten Sportvereinen oder Individualsportlern zugänglich gemacht werden könnten;*
- *ein Freibad auf dem Gebiet der Stadt baut;*
- *die im Rahmen des Programms „Sport für alle“ organisierten Aktivitäten entsprechend den neuen Bedürfnissen ausweitet;*
- *sich der regelmäßigen und effizienten Wartung der Laufstrecken im „Bambesch“ und auf Kockelscheuer sowie der Wander- und Spazierwege auf dem gesamten Stadtgebiet annimmt.*

Jugend und Sport

Der Sport spielt eine überaus wichtige Rolle bei der Sozialisierung junger Menschen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In einer Stadt, wo der Sport eine Praxis sein kann, die sprachliche und soziale Barrieren überwindet und junge Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringt, kommt Sportvereinen eine wichtige Rolle zu. Die Sozialisten haben in der Vergangenheit auf die vielfältigen Probleme hingewiesen, denen Sportvereine in ihrer täglichen Arbeit bei der Mobilisierung, der Betreuung und der Ausbildung Jugendlicher begegnen.

Die Sozialisten beabsichtigen demnach

- *die jungen Menschen zu mobilisieren, d.h. ihr Interesse für sportliche Aktivitäten zu wecken und sie aus Gesundheits- und Fitness-Gründen von der Wichtigkeit körperlicher Aktivität zu überzeugen. Zu diesem Zweck muss die Stadt, neben den Initiativen von LASEP und LASEL und den Anreizen aus dem familiären Umfeld, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Vereine die Initiative ergreifen und junge Menschen verstärkt mit Kommunikationskampagnen über die diversen Sportmöglichkeiten informieren. In diesem Sinne kann die Stadt im Rahmen von ein- bis zweimal im Jahr stattfindenden kommunalen Sporttagen ihre zahlreichen Sportstätten für die Öffentlichkeit öffnen und die Jugendlichen dazu einladen, sich aktiv zu beteiligen und so in Kontakt mit den Verantwortlichen der verschiedenen Vereine zu kommen;*

- *die Jugendlichen mittels der Vereine zu betreuen. Die Betreuung junger Menschen ist eine wichtige Funktion von Vereinen, nicht nur aus sportlicher Sicht, sondern angesichts der neuen Familienverhältnisse zusehends neben der Schule und den Betreuungsstrukturen, auch aus sozialer und pädagogischer Sicht. Aufgrund fehlender freiwilliger Helfer wird es für die Vereine jedoch immer schwieriger, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Stadt wird überprüfen müssen, inwiefern die Betreuung Jugendlicher in Vereinen mit öffentlichen Geldern finanziert werden kann. Diese Mittel könnten z.B. dazu dienen, Sporttrainer oder Sozialbetreuer zu engagieren;*
- *die Sportinfrastrukturen auszubauen, vor allem unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Viertel und um die Anfahrtswege so gering wie möglich zu halten. Sollte ein Transport unumgänglich sein, könnten Sportvereine durch die Bereitstellung von Shuttle-Bussen unterstützt werden;*
- *ein Haus des kommunalen Sports einzurichten. Hier können Clubs ihre Versammlungen abhalten und auf eine digitale Unterstützung sowie eine Beratung zur effektiven Verwaltung ihrer Aktivitäten zurückgreifen.*

13. DIE SICHERHEIT – EINE ABSOLUTE PRIORITÄT FÜR DIE EINWOHNER

Die „Stater Sozialisten“ denken, dass unsere Stadt ein sicherer Ort ist, stellen aber fest, dass sich viele Einwohner zuweilen verunsichert fühlen, angesichts der kriminellen Aktivitäten und unzivilisierten Verhaltensweisen, die je nach Stadtviertel mehr oder weniger oft vorkommen und mehr oder weniger gravierend sind. Die Sicherheit kann nicht isoliert betrachtet werden, sie entsteht aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren, und ist insbesondere abhängig vom sozialen Zusammenhalt in einem Viertel, einer lebendigen Nachbarschaft und Bewohnern, die sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Aber oft ist dieser Zusammenhalt nicht mehr gewährleistet, nachdem viele Bewohner aus Häusern ausgezogen sind, die in Büros umgewandelt wurden und die Straßen folglich nachts leer und ausgestorben sind. Immer mehr Straßenzüge, auch außerhalb des Zentrums, sind von dieser Entwicklung betroffen. Die „Stater Sozialisten“ wehren sich gegen das Nichtstun der Liberalen in dieser Hinsicht, das diese Entwicklung ermöglicht hat und somit verantwortlich für das latente Unsicherheitsgefühl ist.

Die „Stater Sozialisten“ werden sich dafür einsetzen, dass die Stadt

- *die Polizeireform unterstützt, die darauf abzielt, die Präsenz der Polizei vor Ort zu erhöhen, die Öffnungszeiten der Polizeistationen zu erweitern und diese durch eine konsequente Personalaufstockung zu verstärken;*
- *sich für eine regelmäßige und effektive Präsenz der Polizei in allen Bereichen der Stadt einsetzt;*

- *einen dauerhaften Einsatz der Polizei in den Vierteln verlangt, in denen schwere Straftaten geschehen, wie z.B. der Drogenhandel in einigen Teilen des Bahnhofsviertels und Bonnewegs;*
- *dafür sorgt, dass die kommunalen Verordnungen befolgt und vorbeugende Maßnahmen zu Gunsten der Einwohner und im Umfeld der Schulen getroffen werden – insbesondere im Hinblick auf den Gesetzesentwurf, der eine Ausweitung der Befugnisse der „agents municipaux“ vorsieht;*
- *Überwachungskameras als nützliche Mittel betrachtet, um für öffentliche Ordnung an wichtigen Standorten zu sorgen;*
- *sich für Null-Toleranz gegenüber unzivilisiertem Verhalten und Vandalismus stark macht;*
- *eine öffentliche Beratungsstelle für die Absicherung der Wohnungen einrichtet, und so die Einwohner darauf hinweist, wie sie sich gegen Einbrüche, Überfälle und Vandalismus wehren können;*
- *die Regeln des Zusammenlebens in unserer Stadt durch öffentliche Kampagnen erläutert;*
- *die Sorge um die Sicherheit von Anfang an bei der Planung von neuen Wohnvierteln miteinbezieht und öffentliche Anlagen so konzipiert, dass sie als offene und sichere städtische Räume erlebt werden;*
- *zusammen mit der Polizei gegen Zuhälterei vorgeht;*
- *mehr Mittel für soziale Maßnahmen zur Verfügung stellt, insbesondere im Bereich der Obdachlosenhilfe und der Bettelei.*

14. EINE STADT FÜR ALLE

Eine Stadt für Frauen und Männer

Die „Stater Sozialisten“ setzen sich für eine gerechte Gesellschaft ein, die Frauen und Männern die gleichen Möglichkeiten bietet, ihr Leben zu verwirklichen. Dazu braucht es vor allem Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die „Stater Sozialisten“ werden dafür sorgen, dass die Stadt

- *genügend Plätze in Kindertagesstätten und außerschulischen Betreuungseinrichtungen bereitstellt, damit es keine Wartelisten mehr gibt;*
- *die Öffnungszeiten dieser Einrichtungen an die Bedürfnisse der Familien anpasst;*
- *den kommunalen Aktionsplan für Gleichstellung überarbeitet.*

Eine Stadt für die Senioren

Die „Stater Sozialisten“ setzen sich für eine Politik ein, die es älteren Mitbürgern erlaubt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Politik soll sich an den Grundsätzen der persönlichen Verantwortung, der Partizipation und der Autonomie orientieren. Die „Stater Sozialisten“ wollen unterscheiden zwischen den jeweiligen Bedürfnissen und Interessen der verschiedenen Gruppen von Senioren und werden dafür sorgen, dass die Stadt

- *ihre Politik für Senioren an die ganz verschiedenartigen Bedürfnisse der älteren Mitbürger anpasst, je nachdem ob diese noch aktiv und unabhängig leben können, oder aber Hilfe und Pflege brauchen;*
- *ein differenziertes Angebot an sportlichen Aktivitäten für Senioren entwickelt;*
- *Weiterbildungen für Senioren anbietet, die ihnen erlaubt, mit der technischen Entwicklung und deren Anwendungen im täglichen Leben Schritt zu halten (E-Banking, Internet...);*
- *den Senioren eine barrierefreie Mobilität im öffentlichen Raum garantiert und das städtische Mobiliar sowie den öffentlichen Transport dementsprechend anpasst (Bürgersteige ohne Hindernisse, Rampen, öffentliche Bänke, angepasste Bushaltestellen);*
- *das Angebot an betreuten Wohnstrukturen als Alternative zu Altersheimen ausbaut, um so älteren Mitmenschen ein unabhängiges Leben in einem sicheren und ihren Bedürfnissen entsprechenden Umfeld zu ermöglichen (betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften, intergenerationelle Wohnhäuser);*
- *eine Beratungsstelle innerhalb des Service Seniors schafft, um älteren Menschen beim Wohnungsumbau zur Seite zu stehen und ihnen so zu erlauben, weiter unabhängig in ihrem Zuhause zu leben.*

Eine inklusive Stadt

Um allen Menschen ein autonomes Leben zu ermöglichen, muss die Stadt sich an die Bedürfnisse der Menschen mit spezifischen Bedürfnissen anpassen. Meist sind diese Menschen in ihrem Leben eingeschränkt durch Hindernisse, die die Gesellschaft errichtet – sei es aus Unkenntnis oder aus Mangel an Rücksicht.

Die „Stater Sozialisten“ werden dafür sorgen, dass die Stadt

- *sich für eine wirklich inklusive Schule einsetzt;*
- *die öffentlichen Gebäude und die öffentlichen Verkehrsmittel weiter an die Bedürfnisse dieser Menschen anpasst;*

- *den Informationszugang für seh- und hörbehinderte Menschen durch spezifische technische Hilfsmittel verbessert;*
- *genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen schafft;*
- *den Menschen mit spezifischen Bedürfnissen weiterhin einen guten Zugang zu allen kulturellen, sportlichen und sozialen Ereignissen garantiert.*

Eine integrierte Stadt

Die Sozialisten haben große Anstrengungen unternommen, um die nicht-luxemburgischen Mitbürger für die Gemeindepolitik zu sensibilisieren. Leider haben sich nicht ausreichend viele von ihnen auf die Wählerlisten eingeschrieben. Unsere Stadt zählt 70 % nicht-Luxemburger: umso wichtiger ist es, das Zusammenleben zu fördern und miteinander statt nebeneinander zu leben.

Die „Stater Sozialisten“ wollen die Integrationspolitik stärken und werden dafür sorgen, dass die Stadt

- *die zuständige Integrationsstelle, die für die Koordinierung in diesem Bereich zuständig ist, ausbaut;*
- *für ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen, insbesondere an Luxemburgisch-Kursen, sorgt;*
- *dafür sorgt, dass die Zusammensetzung der kommunalen beratenden Ausschüsse die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegelt;*
- *den Sportvereinigungen, den sozialen Stellen und der Kultur die nötige Hilfe zukommen lässt, um die Integration von nicht-luxemburgischen Mitbürgern zu fördern, z. B. durch die Übersetzung von Informationsmaterial oder Internetseiten, durch Simultanübersetzung bei Versammlungen und öffentlichen Veranstaltungen oder aber durch Weiterbildungen im Bereich des interkulturellen Managements;*
- *der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR, UNESCO) beitrifft, die gegen Rassismus, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Ausgrenzung vorgeht und eine Plattform zum Austausch von „Best Practices“ in diesem Bereich bietet;*
- *die nötigen Mittel zur Integration von Flüchtlingen bereitstellt und ihnen ermöglicht, an sportlichen und kulturellen Aktivitäten, an Kursen in Staatsbürgerkunde, an Sprachkursen und Freizeitaktivitäten teilzunehmen.*

Eine Stadt mit einem reichen Vereinsleben

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt ist seit jeher ihrem lebhaften Vereinsleben zu verdanken: Musik- und Gesangsvereine, lokale Verbände der freiwilligen Feuerwehr, Sportvereine, lokale Interessensvereine, Pfadfindergruppen, soziale, kulturelle oder religiöse Initiativen. Das Vereinsleben ist tief mit der lokalen Bevölkerung verbunden, aus der auch die Verantwortlichen und freiwilligen Mitarbeiter dieser Vereine stammen.

Daher ist es bedauerlich, dass die Stabilität der Bevölkerung der Stadt Luxemburg immer weiter abnimmt. Ein Großteil der neu Zugezogenen bleiben nur für kurze Zeit: auf der Suche nach angemessenem und erschwinglichem Wohnraum sehen sie sich gezwungen, an den Rand der Ballungszentren oder noch weiter außerhalb zu ziehen. Dieser Vorgang schwächt die Vereine, die immer öfter Schwierigkeiten haben, neue Verantwortliche und Mithelfer zu finden.

Deswegen wollen die „Stater Sozialisten“ das Vereinsleben stärker unterstützen und dafür sorgen, dass die Stadt

- *eine zentrale Anlaufstelle für die Vereine schafft, die diese bei Verwaltungsvorgängen unterstützt, beispielsweise bei der Organisation von Veranstaltungen;*
- *den Vereinen ermöglicht, über das Internetportal der Stadt Luxemburg Informationen einzuholen über die Verfügbarkeit und die Preise von Versammlungs- und Festsälen, über die Möglichkeit und die Bedingungen für Beihilfen, und ihnen erlaubt, an dieser Stelle die von ihnen organisierten Veranstaltung anzukündigen;*
- *den Vereinen einen gerechten Zugang und eine transparente Reservierungsprozedur zu den Versammlungs- und Festsälen der Stadt Luxemburg garantiert;*
- *regelmäßig einen institutionalisierten „Vereinstisch“ einberuft;*
- *die Unterstützungspolitik für Vereine überprüft und vorzugsweise Betreuungsaktivitäten unterstützt, die besonders wichtig für Kinder und Jugendliche sind;*
- *in Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen die Möglichkeit der Einrichtung eines kommunalen Zentrums für Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen (NGO) in der Stadt Luxemburg prüft;*
- *in regelmäßigen Abständen die Bereiche und Aktivitäten ermittelt, die eine verstärkte Unterstützung benötigen;*
- *auf Nachfrage Fortbildungen für die Verantwortlichen der Vereine organisiert;*
- *sich dafür einsetzt, dass die Freiwilligenarbeit aufgewertet und öffentlich anerkannt wird.*